



**:: Beschluss der LDK  
der Jusos Hamburg 19. Apr 2008**

Die LDK hat zur Weiterleitung an den LPT und die Bürgerschaftsfraktion beschlossen:

## 1 **Mehr Rationalität im Umgang** 2 **mit sicherheitspolitischen Maßnahmen!**

3 Wir erleben zur Zeit europaweit einen drastischen Wandel der innen- und sicherheitspolitischen  
4 Agenden, welche zunehmend die persönliche Freiheit und die Grundrechte jedes Einzelnen  
5 zugunsten neuer Mittel der Kriminalitätsbekämpfung zurückstellen.

6 Diese Entwicklung ist zum einen zurückzuführen auf die Modernisierung und Globalisierung der  
7 alltäglichen Kommunikationsmöglichkeiten. Durch stark erhöhte Mobilität, ständiger Erreichbarkeit  
8 über Handys und vor allem durch die vielfältigen Wege des Internets Informationen auszutauschen,  
9 entstehen einerseits neue Möglichkeiten zur Ausübung von Kriminalität, andererseits muss der Staat  
10 den neuen Anforderungen gerecht werden und gegebenenfalls selbst die Chancen nutzen, die ihm  
11 diese Modernisierung bietet.

12 Zum anderen erleben wir momentan, dass die Politik einen erhöhten Bedarf an persönlicher  
13 Sicherheit feststellt, der sich hauptsächlich aus der - mindestens subjektiv vorhandenen - Gefahr des  
14 Terrorismus erklärt. Es wird argumentiert, die weltweite Vernetzung terroristischer Vereinigungen  
15 erfordere zusätzliche Kompetenzen zur Überwachung der Kommunikationswege zum Schutze etwa  
16 der Grundrechte auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit.

17 Das Zusammentreffen dieser beiden Umstände erzeugt einen immer unglücklicheren Umgang mit  
18 neuen Methoden der Kommunikationserfassung, Datensammlung und sonstiger sicherheitsrelevanter  
19 Kontrollmöglichkeiten. Viele der neuen staatlichen Kompetenzen erfordern von einer pluralistischen  
20 Demokratieform eigentlich eine breite Diskussion über den Nutzen, aber auch die Gefahren und  
21 Einschränkungen der persönlichen Freiheit, die sich daraus ergeben, sodass am Ende eine  
22 ausgewogene, aber effektive Lösung stehen kann. Stattdessen jedoch verhindert die permanente  
23 Verknüpfung jeglicher Fragen zu sicherheitsrelevanten Kompetenzen des Staates mit der  
24 subjektiven, oft irrationalen Angst vor Terrorismus eben diese notwendige und kritische Diskussion.

25 Das Gesetz der GK zur Vorratsdatenspeicherung etwa, in Kraft getreten am 01.01.08 und öffentlich  
26 ausschließlich legitimiert durch die Bedrohung des internationalen Terrorismus, kommentiert der  
27 Sprecher der AG Inneres der SPD BTG-Fraktion mit: "Vorratsdatenspeicherung hat mit Terrorismus-  
28 bekämpfung relativ wenig zu tun. Ich wäre für die Vorratsdatenspeicherung auch dann, wenn es  
29 überhaupt keinen Terrorismus gäbe!"

30 Das Gesetz beinhaltet letztendlich auch Möglichkeiten zur Verfolgung von Raub, Betrug oder  
31 illegalen Downloads via Internet-Tauschbörsen.

32 Des Weiteren liegen für dieses Gesetz eigens angefertigte Studien des BKA vor, aus denen  
33 hervorgeht, dass bei sämtlichen 6 Mio. Straftaten des letzten Jahres lediglich in 381 Fällen die  
34 Verbindungsdaten fehlten, die mit diesem Gesetz verfügbar gewesen wären. Um Terrorismus ging es  
35 dabei in lediglich zwei (!! ) Fällen.

36 Andererseits schränkt dieses Gesetz die Grundrechte der Bürger massiv ein und schadet nicht nur  
37 den theoretischen Grundrechten auf dem Papier, sondern Verhindert zunehmend eine  
38 Verfassungsgemäße Ausübung vieler demokratischen Rechte. So wurden etwa für zahlreiche Berufe  
39 die Berufsgeheimnisse aufgehoben - Journalisten können nun ihre Quellen nicht mehr decken, ein  
40 investigativer Journalismus, der unsere Demokratie in den 60ern, 70ern und bis heute unverkennbar  
41 gestärkt hat, wird fast unmöglich gemacht, da sich selten ein Informant mehr ohne rechtlichen Schutz  
42 an die Presse wenden wird.

#### 43 **Die Jusos Hamburg fordern deshalb:**

44 Die SPD dazu auf, in der Debatte um staatliche Sicherheitskompetenzen klar und ehrlich Stellung zu  
45 beziehen, indem sie die Gefahren des Terrorismus mit einbezieht, aber nicht länger zur Vermeidung  
46 einer differenzierten öffentlichen Diskussion missbraucht.

47 Die Rückkehr der SPD zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und zur Rationalität bei der  
48 Verfassung innen- und justizspezifischer Gesetze. Das Grundrecht auf Leben und körperliche  
49 Unversehrtheit ist zwar eine elementare Aufgabe des Staates, doch wir dürfen es nicht mehr  
50 pauschal über andere Grundrechte erheben.

51 Bemühungen der SPD zur bisher völlig fehlenden Politisierung der Gesellschaft bezüglich der Risiken  
52 und Chancen neuer staatlicher Kontrollmöglichkeiten im Rahmen ihres Auftrages nach Art. 21 GG.  
53 Die technische Modernisierung erfordert staatliche Kompetenzen, deren möglicher Missbrauch nur  
54 durch eine kompetente Öffentlichkeit verhindert werden kann.

55 Daraus resultierendes Engagement der SPD auf Europaebene, welche bereits die  
56 Rahmenbedingungen für fast alle betreffenden Gesetze vorgibt.